

IVW3-LG-1370601/006-00

| | | | | |
|-------|---------------|------------|-----------|---------------|
| Bezug | Bearbeiter | 02742/9005 | Durchwahl | Datum |
| | Dr. Katschnig | | 12474 | 3. April 2001 |

Betrifft
Änderung des NÖ Kurzparkzonenabgabegesetzes, EURO-Umstellung

HOHER LANDTAG!

Zum Gesetzesentwurf wird berichtet:

Allgemeiner Teil:

Die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion hat am 1. Jänner 1999 begonnen, und Österreich ist einer der teilnehmenden Mitgliedstaaten.

Das bedeutet, dass ab 1. Jänner 1999 der Euro die Währung Österreichs ist. Der Schilling stellt nur noch die nationale Ausdrucksform des Euro dar.

Der EG-rechtliche Rahmen für die Einführung des Euro wird insbesondere durch den Titel VII des EG-Vertrages, die EG-Verordnung Nr. 1103/97 vom 17. Juni 1997 über bestimmte Vorschriften im Zusammenhang mit der Einführung des Euro, ABl. Nr. L 162/1 vom 19. Juni 1997, und die EG-Verordnung Nr. 974/98 des Rates vom 3. Mai 1998 über die Einführung des Euro, ABl. Nr. L 139/1 vom 11. Mai 1998, vorgegeben.

Art. 14 der EG-Verordnung Nr. 974/98 lautet:

„Wird in Rechtsinstrumenten, die am Ende der Übergangszeit (Anm.: 31.12.2001) bestehen, auf nationale Währungseinheiten Bezug genommen, so ist dies als Bezugnahme

auf die Euro-Einheit entsprechend dem jeweiligen Umrechnungskurs zu verstehen. Es gelten die in der Verordnung (EG) Nr. 1103/97 niedergelegten Rundungsregeln.“

Aufgrund dieser EG-rechtlichen Regelung wäre eine materielle Anpassung bestehender Rechtsvorschriften grundsätzlich nicht notwendig. Allerdings wäre ohne innerstaatliche Anpassung für den Bürger der für ihn geltende Euro-Betrag aus den NÖ Rechtsvorschriften nicht ersichtlich, weil, wie oben ausgeführt, Bezugnahmen auf den Schilling am Ende der Übergangszeit automatisch als Bezugnahmen auf den Euro zu verstehen sind.

Damit würde die Landesrechtsordnung weder dem eindeutigen Auftrag des NÖ Verlautbarungsgesetzes, LGBl. 0700-3, noch der Staatszielbestimmung des Art. 4 Z. 7 der NÖ Landesverfassung 1979, LGBl. 0001-10, entsprechen, wonach der Zugang der Bürger zum Recht zu gewährleisten und der Weg für den Bürger so leicht wie möglich zu gestalten ist.

Die NÖ Landesregierung hat am 10. November 1998 für die NÖ Landesverwaltung eine Vorgangsweise bei der Euro-Umstellung beschlossen. Diese sieht vor, dass NÖ Landesgesetze im Frühjahr 2001 durch Festsetzung von Euro-Beträgen (Entfall des Schilling-Betrages) geändert werden. Die Landesregierung wird die erforderlichen Regierungsvorlagen zu Beginn des Frühjahres 2001 in den Landtag einbringen. Die Änderungen treten am 1. Jänner 2002 in Kraft.

Von dieser Vorgangsweise ist auch das NÖ Kurzparkzonenabgabegesetz betroffen. Es sollen die §§ 2 Abs. 2, 6 Abs. 1 und 2 des NÖ Kurzparkzonenabgabegesetzes durch Festsetzung von Euro-Beträgen geändert werden.

Die bestehenden Schilling-Beträge werden unter Verwendung des mit der EG-Verordnung Nr. 2866/98 des Rates vom 31. Dezember 1998 über die Umrechnungskurse zwischen dem Euro und den Währungen der Mitgliedstaaten, die den Euro einführen, ABl. Nr. L 359/1 vom 31. Dezember 1998, festgesetzten Umrechnungskurses für den Schilling von 13,7603 in Euro umgerechnet und gerundet.

Die so ermittelten Beträge werden unter Beachtung des Grundsatzes der Aufkommensneutralität geglättet.

Die Kompetenz des Landes zur Regelung des Gegenstandes des Entwurfes gründet sich auf § 8 Abs. 5 F-VG 1948.

Kostendarstellung:

Die unter Verwendung des Umrechnungskurses ermittelten Euro-Beträge von 0,73, 218,02 und 21,80 werden auf die Beträge von 1,--; 220,-- und 20,-- geglättet.

Da es sich bei den §§ 2 Abs. 2 und 6 Abs. 1 und 2 um Rahmenbeträge handelt, entstehen durch die Änderung keine unmittelbaren Kostenfolgen.

Besonderer Teil:

Die in den §§ 2 Abs. 2, 6 Abs. 1 und 6 Abs. 2 festgesetzten Schilling-Beträge werden unter Verwendung des mit der EG-Verordnung NR. 2866/98 festgesetzten Umrechnungskurses für den Schilling von 13,7603 umgerechnet. Nach der Umrechnung werden die Beträge gemäß Art. 5 der EG-Verordnung Nr.1103/97 gerundet.

Die so ermittelten Euro-Beträge von € 0,73, € 218,02, € 21,80 werden auf die Beträge von € 1,-, € 220,-, € 20,- geglättet.. Die Glättung der Höhe der Abgabe, die von der Gemeinde höchstens durch Verordnung festgesetzt werden darf, ist nicht zuletzt auch aus Gründen der Bedienung eines Münzautomaten erforderlich. Die Glättung des Betrages des Höchststrafrahmens ist grundsätzlich aufkommensneutral, da erfahrungsgemäß der mögliche Strafrahen grundsätzlich nicht ausgeschöpft wird. Auch ist die Glättung des Betrages bis zu dem Organstrafverfügungen eingehoben werden können, aufkommensneutral.

Die NÖ Landesregierung beehrte sich daher, den Antrag zu stellen:

Der Hohe Landtag wolle die beiliegende Vorlage der NÖ Landesregierung über den Entwurf einer Änderung des NÖ Kurzparkzonenabgabegesetzes der verfassungsmäßigen Behandlung unterziehen und einen entsprechenden Gesetzesbeschluss fassen.

NÖ Landesregierung

K n o t z e r

Landesrat

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung